

Erfahrungsberichte von Opfern, Erinnerungsarbeit und Neudefinitionen der nationalen Identität der Schweiz: eine Diskursanalyse der Erinnerung an fürsorgerische Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen in der Schweiz aus einer vergleichenden Perspektive

Ergebnisse eines Forschungsprojekts des NFP 76

Prof. Véronique Mottier, Université de Lausanne / Jesus College, Cambridge

Dr. Edmée Ballif, University College London / Université de Lausanne

Dr. Mairena Hirschberg, Université de Lausanne

Unsere Studie beschäftigte sich mit der wichtigen Rolle, die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen im Rahmen der nationalen Bemühungen um Wiedergutmachung spielten. In einem ersten Schritt untersuchten wir, wie sich eine aktive Beteiligung der sogenannten «Opfer-Aktivist:innen» an diesem Prozess – einschliesslich am Runden Tisch - auf ihre persönliche Identität auswirkte. Dabei zeigten wir sowohl positive Aspekte auf wie das Gefühl, endlich von den Behörden oder den Mainstream-Medien «gehört» zu werden, als auch den persönlichen Preis, den sie für ihr Engagement zahlten. In einem zweiten Schritt untersuchten wir die Art und Weise, wie diese kleine Gruppe von Betroffenen diesen Prozess des sozialen und politischen Wandels erlebt hat. Unsere Ergebnisse in diesem Bereich unterstreichen die symbolische Bedeutung von staatlichen Gesten der Anerkennung und von offiziellen Entschuldigungen. Diese Bedeutung wird jedoch durch die grundsätzliche Unmöglichkeit der «Wiedergutmachung» sowie das Fehlen (und oftmals die Unmöglichkeit) von rechtlichen Massnahmen gegen bestimmte Personen, die beispielsweise Pflegekinder missbraucht haben, relativiert. In einem dritten Schritt untersuchten wir den Platz, der den Opfern in der Entschuldigungszeremonie im Jahr 2013 sowie in mehreren Ausstellungen zum Thema Zwang und Fürsorge eingeräumt wurde. Zudem analysier-

ten wir, wie sie in diesen Formen des kollektiven Gedenkens und der Erinnerung zu Wort kamen. Schliesslich führten wir vergleichende (derzeit laufende) Analysen mit vergleichbaren Bewegungen in anderen Ländern durch, indem wir uns insbesondere auf die Strategien und Erfahrungen des politischen Engagements der «Opfer-Aktivist:innen» rund um die Fremdplatzierung britischer Kinder aus armen Familien in Australien konzentrierten.

Hintergrund, Ziel des Projekts und Forschungsplan

Die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen in der Schweiz haben bei vielen Opfern persönliche Traumata ausgelöst. Sie waren auch Ausgangspunkt für einen Prozess der kollektiven Erinnerungsarbeit und kritischer Debatten über grundlegende politische Themen wie zum Beispiel die Beziehung zwischen Bürger:in und Staat oder die Kompensation von historischem Unrecht. Die Studie hatte zum Ziel, die zentrale Rolle zu analysieren, die die Opfer dieser Massnahmen in diesem Prozess gespielt haben.

Viele Personen, die in ihrer Jugend Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen geworden sind, zogen es vor, ein Leben lang über ihre Erlebnisse Stillschweigen zu bewahren, da das soziale Umfeld lange Zeit von Feindseligkeit oder Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern geprägt war. Eine Minderheit der Betroffenen teilte ihre Erfahrungen in Form von Büchern, Dokumentarfilmen oder in den Printmedien mit der Öffentlichkeit. Einige Personen dieser Kategorie haben sich zusätzlich zu ihrer öffentlichen Wortmeldung auch politisch in diesem Bereich engagiert. In unserer Forschung haben wir uns vor allem mit dieser politisch aktiven Personengruppe befasst. Es gilt indes zu betonen, dass sie insgesamt nur einige Dutzend Personen umfasst und folglich nur eine winzige Minderheit aller Betroffenen in der Schweiz ausmacht. Es war deshalb keineswegs unser Ziel, unsere Ergebnisse für alle Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen zu verallgemeinern. Es

ging vielmehr darum, diese kleine Personengruppe zu untersuchen, die sich öffentlich zu den Erlebnissen in ihrer Jugend geäussert hat.

Konkret untersuchten wir im Rahmen unserer Studie das politische Engagement von Betroffenen rund um die Wiedergutmachung. Als Erstes gingen wir der Frage nach, wie sich eine aktive Beteiligung einer kleinen Gruppe von «Opfer-Aktivist:innen» an der Umsetzung von Wiedergutmachungsmassnahmen auf ihre persönliche Identität auswirkte. Zweitens wurde untersucht, wie die Betroffenen diesen politischen Prozess erlebt, sich Gehör verschafft haben und wie sie die erzielten Ergebnisse bewerten. In der letzten (derzeit laufenden) Phase unserer Studie stellen wir auf der Grundlage von subjektiven Erlebnissen der Betroffenen kritische Überlegungen über die Grenzen der Wiedergutmachung an. Wir gehen der Frage nach, welche Lehren aus diesen Erlebnissen für künftige Versuche gezogen werden können, um in anderen Bereichen eine restaurative Gerechtigkeit herzustellen. Unsere Studie beschäftigte sich hauptsächlich auf einer nationalen Ebene mit diesen Fragen sowie anhand von Interviews mit Schlüsselakteur:innen dieses Prozesses (Vertreter:innen von Opferorganisationen, politische Akteur:innen usw.). Abschliessend analysieren wir jedoch länderübergreifend eine Reihe von ähnlichen Erfahrungen mit «Erinnerungsarbeit» und Forderungen nach Gerechtigkeit in anderen nationalen Kontexten, insbesondere im Vereinigten Königreich und in Australien.

Ergebnisse

In Bezug auf unsere erste Forschungsfrage, die sich mit dem identitären Wandel von Betroffenen nach ihrer Beteiligung am politischen Prozess der restaurativen Gerechtigkeit befasste, zeigen unsere Interviews zwei Spannungsfelder auf: Diese Personen haben sich aufgrund des erlebten Leids in ihrer Jugend engagiert (und wurden aufgefordert, sich zu beteiligen). Viele von ihnen hatten bereits zuvor öffentlich in der Presse, in Büchern oder Fernsehdokumentationen über ihre Erlebnisse berichtet. Dies führte dazu, dass sie dem erlittenen Leid in der Öffentlichkeit ein Gesicht gaben – sichtbare Opfer von Praktiken, von denen die grosse Mehrheit auch heute noch im Verborgenen bleibt. Dennoch fühlen sich einige von ihnen unwohl mit dieser Identität, die auf das «öffentliche Opfer» reduziert wird, obschon diese Identität die Voraussetzung für ihre erfolgreiche Forderung war, den Missbrauch und das Leid anzuerkennen.

Ein zweites Spannungsfeld, das sich im Zusammenhang mit dem politischen Wendepunkt in ihrem Leben beobachten lässt, ergibt sich aus diesem Status des «öffentlichen Opfers», der zwangsläufig aus ihrer öffentlichen Wortmeldung resultierte. Unsere Interviewpartner:innen betonten einhellig, wie wichtig es sei, das Schweigen in der Gesellschaft zu diesem Thema zu brechen. Ihr jahrelanges (mitunter jahrzehntelanges) Engagement für eine gesellschaftliche und politische Sichtbarmachung des Leids, das die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen erlebt haben, verdeutlichte ihre Handlungskompetenz und ihre Resilienz. Einige der Interviewpartner:innen haben durch ihre öffentliche Wortmeldung jedoch einen persönlichen Preis gezahlt, indem sie diese als ein erneutes Trauma erlebten. Das Sprechen über das Erlebte kann sich in einem privaten oder therapeutischen Kontext zwar potenziell befreiend auswirken, die Ergebnisse unserer Studie zeigen jedoch, dass dies nicht

immer für die Öffentlichkeit gilt: sei es, weil die ans Licht gebrachten Erlebnisse auch heute noch stigmatisiert werden, sei es aufgrund einer grundsätzlicheren Ablehnung sämtlicher Kritik an der Vergangenheit.

In Bezug auf unsere zweite Forschungsfrage befasste sich unsere Studie unter dem Gesichtspunkt der Frage nach der restaurativen Gerechtigkeit mit den Erlebnissen der Opfer-Aktivist:innen. Hier zeigen unsere Ergebnisse drei Spannungsfelder, die von den Opfer-Aktivist:innen erlebt werden: Erstens wurde der ursprüngliche Begriff «Wiedergutmachung» – der in der Folge zugunsten des Begriffs «Solidarität» aufgegeben wurde – von allen Interviewpartner:innen abgelehnt. Gleichwohl haben sie enorm viel Zeit, Emotionen und Energie in einen Prozess investiert, von dem sie sagen, dass es unmöglich ist, ihn jemals endgültig abzuschliessen. Im Gegensatz dazu ist der politische Prozess sowohl für die Behörden als auch für die Öffentlichkeit nun abgeschlossen. Dieser empfundene Widerspruch erklärt teilweise die grosse emotionale Erschöpfung am Ende des politischen Prozesses, die in vielen Interviews erwähnt wurde. Dieses Gefühl mischt sich jedoch mit dem Bewusstsein, dass die als historisch empfundene Aufgabe, zu Präventionszwecken in der Gegenwart über ihre Erlebnisse zu sprechen, dringlich ist, da es die Aufgabe einer älteren Generation ist, die nicht immer da sein wird.

Zweitens – und obwohl die Meinungen über die Höhe der gewährten finanziellen Wiedergutmachung auseinandergehen – unterstreichen unsere Ergebnisse die entscheidende Bedeutung von zwei weiteren Aspekten der restaurativen Gerechtigkeit für die Opfer-Aktivist:innen: die Anerkennung und die offiziellen Entschuldigungen. Diese beiden Elemente werden von ihnen einhellig positiv bewertet. Ihre subjektivi-

ven Erlebnisse verdeutlichen, wie wichtig nationale Rituale wie die offizielle Zeremonie der Entschuldigung von 2013 für künftige Aktionen zugunsten einer restaurativen Gerechtigkeit in anderen Bereichen sind.

Drittens ist das grösste Spannungsfeld auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Grundsätze der restaurativen Gerechtigkeit nicht mit dem Strafrecht vereinbar sind. Viele Opfer-Aktivist:innen möchten einzelne «Schuldige» «benennen» oder «bestrafen» und empfinden es als grosse Ungerechtigkeit, dass die Behörden den Rechtsweg ablehnen. Die rechtliche Logik der punktuellen «Wiedergutmachung» ist mit der Logik eines Rechtsstaates vereinbar, steht jedoch im Widerspruch mit der psychologischen Erfahrung der Opfer, für die der Prozess der restaurativen Gerechtigkeit nie «abgeschlossen» und ohne Bestrafung der «Schuldigen» auch niemals vollständig sein kann. Diese Kluft

zwischen rechtlicher Logik und menschlicher Erfahrung wird zudem durch den Umstand verschärft, dass mit Ausnahme der von uns untersuchten kleinen Gruppe von Opfer-Aktivist:innen die grosse Mehrheit der Betroffenen im Prozess der restaurativen Gerechtigkeit nicht zu Wort kam und ihr Leid im Verborgenen blieb.

Schliesslich suggeriert der vereinheitlichende Begriff der «Betroffenen» zwar eine klar identifizierbare Gruppe mit gemeinsamen Erfahrungen, aber aus unserer Studie kann eine weitere wichtige Lehre gezogen werden: Hinter dem Begriff verbirgt sich in Tat und Wahrheit eine Vielzahl von Sichtweisen, Erfahrungen und Lebensläufen.

Bedeutung der Ergebnisse für die Praxis und Empfehlungen

Erstens beschreibt unsere Studie die wichtige Rolle, die die Opfer-Aktivist:innen, die von fürsorgeischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen betroffen waren, bei der Entwicklung von Massnahmen der restaurativen Gerechtigkeit in der Schweiz gespielt haben. Unsere Analysen betonen ihre Initiativefähigkeit, ihre Beharrlichkeit und ihre Resilienz während des gesamten langen Prozesses. Aus der Sicht der Opfer-Aktivist:innen dienen die Publikationen, die aus unserer Forschung hervorgehen werden, somit als eine Form der langfristigen Anerkennung ihrer Handlungskompetenz (und weniger ihres Leids, das sie dazu bewogen hat, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren).

Wie weiter oben erläutert, zeigen unsere Ergebnisse aber auch die Sorge von vielen älteren Betroffenen, ob die Verbreitung der Informationen über ihre historischen Erfahrungen nachhaltig ist. Derzeit ist es hauptsächlich eine ältere Generation, die über ihre Erlebnisse spricht und sie ist sich bewusst, dass sie nicht immer da sein wird. In diesem Zusammenhang unterstreichen wir die Bedeutung (zumindest aus Sicht der Betroffenen) der von uns unterstützten Empfehlung der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) aus dem Jahr 2019, Lehrmittel zu diesen Themen zu erarbeiten. Wir fügen eine weitere Empfehlung hinzu: Mit den unmittelbar Betroffenen muss klarer in

Bezug auf die Nachhaltigkeit dieser Lehrmittel und ihren Platz im Lehrplan kommuniziert werden. Diese Empfehlung richtet sich ganz allgemein an Erziehungsdepartemente.

Zweitens: Stellt man die subjektiven Ansichten der Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen in der Schweiz, die an unserer Studie teilgenommen haben, ins Zentrum künftiger politischer Beschlüsse, legen unsere Ergebnisse den staatlichen Behörden in der Schweiz nahe, entweder die Möglichkeit von strafrechtlichen Massnahmen gegenüber Personen, die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen missbraucht haben, zu prüfen, oder in der Öffentlichkeit besser über die Gründe zu kommunizieren, weshalb dieser Weg nicht beschritten wurde, beispielsweise weil die Taten verjährt sind oder die Verantwortlichen gestorben sind.

Drittens haben unsere Ergebnisse gezeigt, wie wichtig – wiederum aus Sicht der Opfer – Rituale der Anerkennung und der offiziellen Entschuldigung sind. Unsere Empfehlung, die sich potenziell an nationale oder lokale Behörden richtet, lautet, diese Art von Ritualen unbedingt in künftige Aktionen im Zusammenhang mit der restaurativen Gerechtigkeit in anderen Bereichen zu integrieren. Diese Empfehlung gilt es jedoch zu relativieren, da der Entscheid, ein Ritual dieser Art durchzuführen oder nicht, schlussendlich ein politischer Entscheid ist, der relativ unabhängig von der wissenschaftlichen Forschung ist.

Schliesslich werden unsere laufenden internationalen Vergleiche möglicherweise interessante Auswirkungen für die Opfer-Aktivist:innen selbst haben, da sie die Erfolge und Grenzen von ähnlichen Kampagnen in anderen nationalen Kontexten aufzeigen. In diesem Zusammenhang empfehlen wir (wobei wir uns diesmal eher an Aktivistengruppen als an Behörden oder die staatliche Politik wenden), verstärkt internationale Kontakte mit Aktivist:innen zu knüpfen, die sich mit ähnlichen Themen befassen, um die Wirksamkeit von nationalen Kampagnen zu erhöhen.

Wissenschaftliche Bedeutung der Ergebnisse

Im Rahmen unserer Studie entwickeln wir ein Analyseraster für die Analyse dieser Art von Prozessen, einschliesslich konzeptueller Werkzeuge für künftige Studien, die sich mit den Auswirkungen der historischen Vergangenheit auf die Gegenwart und möglicherweise die Zukunft der nationalen Gemeinschaft befassen. Auf der Grundlage der Ergebnisse unserer Forschung, die die aktive Rolle der Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen im nationalen Prozess der Wieder-

gutmachung untersucht, stellen wir kritische Überlegungen über die Grenzen dieses Prozesses an. Diese könnten dazu dienen, komparative Forschungsfragen für künftige Studien zu entwickeln, die Versuche der restaurativen Gerechtigkeit in anderen Themenbereichen untersuchen. In unserer Studie geht es nicht darum, eine globale Bewertung von «Erfolgen» oder «Misserfolgen» von Prozessen der restaurativen Gerechtigkeit zu liefern. Wir konzentrieren uns darauf, was wir lernen können, wenn wir

die Aussagen und Sichtweisen der Betroffenen berücksichtigen. Die restaurative Gerechtigkeit versucht, erlittenen Schaden oder Verletzungen auf die eine oder andere Weise wiedergutzumachen.

Ganz allgemein wird unsere Studie einen Beitrag zur wissenschaftlichen und vergleichenden Literatur über kollektive Traumata und die Praktiken der restaurativen Gerechtigkeit leisten.

**Erfahrungsberichte von Opfern,
Erinnerungsarbeit und Neudefinitionen
der nationalen Identität der Schweiz: eine Dis-
kursanalyse der Erinnerung an fürsorgliche Zwangs-
massnahmen und Fremdplatzierungen in der Schweiz aus
einer vergleichenden Perspektive**

Prof. Véronique Mottier, Université de Lausanne / Jesus College, Cambridge,
Hauptgesuchstellerin

Dr. Edmée Ballif, University College London / Université de Lausanne,
wissenschaftliche Mitarbeiterin

Dr. Mairena Hirschberg, Université de Lausanne,
wissenschaftliche Mitarbeiterin

Kontakt:

Prof. Véronique Mottier
Université de Lausanne
+41 21 692 38 31
veronique.mottier@unil.ch

Weitere Informationen:

www.nfp76.ch

August 2023

